

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Schoppe, Rita Griebhaber,
Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/3991 –

Verwirklichung der Frauenrechte in Bosnien-Herzegowina im Rahmen des in Dayton geschlossenen Friedens

A. Problem

Frauen waren in besonderem Maße Opfer des Krieges in Bosnien-Herzegowina. Die Massen- und Einzelvergewaltigungen, die Nötigungen von Frauen wie ihre Entführung in Zwangsbordelle, der Verlust von Kindern und Angehörigen, die Vertreibung sind erschreckende und abstoßende Verbrechen. Diese Verbrechen wurden im Krieg als strategische Mittel eingesetzt, geplant und befohlen.

Dennoch haben die Frauen einen wesentlichen Anteil daran gehabt, trotz des Krieges die Bevölkerung zu ernähren und Reste von zivilem Leben aufrechtzuerhalten. Sie haben begonnen, ihre eigenen Kriegstraumata aufzuarbeiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag auf Drucksache 13/3991 wird abgelehnt.

Bonn, den 26. Februar 1997

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender

Christian Schmidt (Fürth)

Berichterstatter

Dr. Elke Leonhard

Berichterstatter

Gerd Poppe

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Christian Schmidt (Fürth), Dr. Elke Leonhard, Gerd Poppe und Ulrich Irmer

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 18. April 1996 den vorliegenden Antrag auf Drucksache 13/3991 an den Auswärtigen Ausschuß zur Federführung sowie an den Innenausschuß, den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Innenausschuß hat über den Antrag – Drucksache 13/3991 – in seiner Sitzung am 19. Februar 1997 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS die Ablehnung.

In seiner Sitzung vom 26. Februar 1997 hat der Verteidigungsausschuß den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beraten und empfiehlt mit den

Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend empfahl in seiner Sitzung am 26. Februar 1997 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD sowie einer Enthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU.

III.

Am 26. Februar 1997 beriet der Auswärtige Ausschuß in seiner 58. Sitzung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/3991 und beschloß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der antragstellenden Fraktion und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrags.

Bonn, den 26. Februar 1997

Christian Schmidt (Fürth)

Berichterstatter

Dr. Elke Leonhard

Berichterstatter

Gerd Poppe

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter